

Euro und EU am Abgrund, Teil 5

Mit Scheinargumenten auf Dummenfang

Theo Waigels Scheinargumente sind ein vergeblicher Klitterungsversuch, die Euro-Systemfehler zu übertünchen. Das Euro-System hat zu viele Systemfehler. Es kann nicht funktionieren. Fahren wir fort, seine wichtigsten Argumente genauer zu betrachten.

Von **Hermann Patzak**

Theo Waigel: „Seit dem Zweiten Weltkrieg und vor allem nach dem Zerschlagen des Bretton-Woods-Systems haben die Politiker und Finanzfachleute immer wieder nach Konstruktionen und Regeln gesucht, um ein totales Schwanken aller Währungen untereinander und gegeneinander zu verhindern.“

HP: Welche Geschichtsklitterung! Im Bretton - Woods Abkommen waren feste Wechselkurse festgelegt worden. Nachdem aber die USA die Geldpresse angeworfen hatten, um ihre weltweiten „Befreiungskriege“ finanzieren zu können und sie nicht mehr in der Lage waren, das Umtauschverhältnis von 35 Dollar je Unze Feingold einzuhalten, wurden auch die bis dahin geltenden fixen Wechselkurse (1 \$ = 3,67 DM; 1 \$ = 4,37 CHF) durch flexible Wechselkurse ersetzt. Von da an begann der Dollar seinen Sturzflug, dessen Ende nicht absehbar ist.

Theo Waigel: „Ohne den Euro wäre Europa heute eine währungspolitische Trümmerlandschaft, das aus dem Jahr 1979 stammende Europäische Währungssystem (EWS) wäre einem Chaos gewichen. Mehrmals am Tag müssten Investoren, Exporteure, Importeure und normale Bürger neue Wechselkurse zur Kenntnis nehmen.“

HP: Die sich stetig ändernden Wechselkurse müssen die Investoren, Exporteure und Importeure auch heute noch einkalkulieren. Nur im Handel der Euro-Länder untereinander brauchen sie das nicht zu tun. Bei fixen Wechselkursen, wie sie bis 1973 im Bretton – Woods Abkommen gegolten haben, mußten sie das auch nicht tun. Innerhalb der Euro-Volkswirtschaften drifteten aber wegen der Euro-Einheitswährung die Produktivitäten immer weiter auseinander, was die Entwicklung der Handelsbilanzdefizite einerseits und der Handelsbilanzüberschüsse andererseits signalisierte. Die Wirtschaftskrise hat diese Divergenzen ans Tageslicht gebracht.

Theo Waigel: „Fast jedes Mal mussten andere europäische Währungen abgewertet werden, oder die Mark war aufzuwerten. Dies bedeutete jedes Mal eine Demütigung des abwertenden Landes – und jedes Mal stand Deutschland als das aufwertende Land schlecht da.“

HP: Was ist das für eine verschrobene Denkweise, die in der Abwertung eine Demütigung eines Landes sehen will, während das aufwertende Land sich ein Büßergewand anzuziehen habe. Die Abwertung erhält die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, bzw. stellt sie wieder her, genau so wie die Aufwertung verhindert, daß die Exportüberschüsse nicht ins Endlose wachsen können. Jetzt in der Euro-Krise wird Deutschland ja von den Defizitländern trotzdem als „Bösewicht“ wegen seiner hohen Exporte hingestellt. Die Euro-Einheitswährung hat dazu geführt, daß die Handelsbilanzdefizite bzw. –Überschüsse innerhalb der Euro-Länder noch größer als zuvor angewachsen sind, weil die natürliche Korrektur über Wechselkursanpassungen weggefallen ist!

Theo Waigel: „*Noch heute leidet Großbritannien unter dem Trauma, von Währungsspekulanten aus dem Europäischen Währungssystem hinausgedrängt worden zu sein.*“

HP: Welche Falschdarstellung und abwegiges Denken! Die Briten hatten gar kein Interesse, der Euro-Zone beizutreten. Sie haben sich so die Souveränität ihrer Geld- und Fiskalpolitik bewahrt und können – genau so wie die USA – die in der Krise notwendige Beschäftigungs- und Wachstumspolitik betreiben, ohne von der EZB oder der EU-Kommission dafür gerüffelt oder belangt zu werden. Der flexible Wechselkurs des britischen Pfund schützt die britische Wirtschaft – gerade dadurch, daß er sinkt – vor weiteren zusätzlichen Schäden. Und wenn die Engländer über ihre Verhältnisse leben – was sie ja auch getan haben – dann reißen sie damit nicht die übrigen europäischen Länder in den Strudel der eigenen Insolvenz mit hinein.

Theo Waigel: „*Mit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion ging der komparative Vorteil niedrigerer Zinsen gegenüber anderen Ländern teilweise verloren. Dafür hat Deutschland in den zurückliegenden Jahren dank einer größeren Stabilität, niedrigerer Inflationsraten und einer maßvollen Lohnpolitik Wettbewerbsvorteile in beachtlichem Umfang erreicht.*“

HP: Was meint Waigel mit komparativem Zinsvorteil? Die Tatsache, daß die südeuropäischen Länder vor der Euroeinführung bei der Aufnahme von Staatsschulden höhere Zinsen zu zahlen hatten als der Deutsche Staat, weil die Gläubiger bei deutschen Staatsschulden ein niedrigeres Rückzahlungsrisiko eingingen. Das ist jetzt wieder so, nur anfangs nach Einführung des Euro zahlten die hochverschuldeten Länder wie Griechenland und Italien z.B. spürbar niedrige Zinsen. Auch hat Deutschland diesen Vorteil nicht teilweise verloren, der Nachteil für die anderen Länder war infolge des Euro zeitweise weggefallen. Die Behauptung Waigels, Deutschland **habe dafür Wettbewerbsvorteile** in Form niedrigerer Inflationsraten und einer maßvollen Lohnpolitik erreicht, **ist schlichtweg falsch**. Es besteht kein Kausalzusammenhang zwischen den niedrigeren Zinsen einerseits und der Zurückhaltung der Deutschen bei Lohnsteigerungen, höherer Sparquote (niedrigem Konsum der Haushalte) und relativ niedrigem Staatskonsum.

Bei der für alle Euroländer einheitlichen EZB-Geldpolitik zeigte sich also, daß regional (in Deutschland) niedrigere Inflation und niedrigere Lohnsteigerungen als in anderen Ländern erreicht wurden. Das ist aber nicht auf den Euro zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, daß sich sowohl die Nachfragesteigerung (Privat, Unternehmen, und Staatsnachfrage) in Grenzen hielt als auch die zwischen den Tarifparteien ausgehandelten Tarifsteigerungen bei den Löhnen.

Waigel will in diesem auf eigene Leistung bzw. Sparsamkeit zurückzuführenden Wettbewerbsvorteil eine „*reale Abwertung*“ sehen, wörtlich sagt er: „*Man kann darin auch einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit für die Leistungen sehen, die Deutschland seit 1989 im Interesse ganz Europas für die Wiedervereinigung, für den Aufbau der mittel- und osteuropäischen Länder und zur Stabilisierung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion erbracht hat*“.

HP: Abwegiger kann man wirklich nicht mehr denken. Die auf eigener Leistung beruhende Produktivitätssteigerung der Deutschen sei eine ausgleichende Gerechtigkeit für die Leistungen, die wir Deutschen für die Wiedervereinigung erbracht haben? Bei einer ausgleichenden Gerechtigkeit müßten doch andere mehr Leistung erbringen, von der wir profitieren. Sagen wir in einfachen Worten, was hier geschieht: Wir haben für die Wiedervereinigung sehr viel an Rußland und andere osteuropäische Länder gezahlt, jetzt dürfen wir zum Dank dafür in den Rest der Welt – die Euro-Länder mit eingeschlossen –

mehr exportieren als importieren, damit die Importüberschußländer, wie z.B. Griechenland, ständig über ihre Verhältnisse leben können. Und das nennt Theo Waigel eine ausgleichende Gerechtigkeit?

Theo Waigel: *„Deutschland leistet zudem den höchsten Nettobeitrag zum Haushalt der EU und fördert auf diese Weise den Aufhol- und Transformationsprozess jüngerer EU-Mitglieder“.*

HP: Deutschland hat von Anfang an den höchsten Nettobeitrag zum EU-Haushalt geleistet, das stimmt. Doch aus dem prophezeiten Aufholprozeß ist nichts geworden. Im Gegenteil, die Produktivitätsunterschiede sind gerade wegen des gemeinsamen Euro noch größer geworden. Das hätte Herr Waigel aus den Tagezeitungen der letzten Wochen entnehmen können, wenn er es bis dahin wirklich nicht gewußt hat. Deutschland hat außerdem nicht nur den höchsten Nettobeitrag an die EU bezahlt, sondern sich auch noch eine höhere Arbeitslosigkeit dadurch eingehandelt, daß so manches Unternehmen seinen Standort ganz oder teilweise ins Billiglohnausland (egal ob Euro- oder Nichteuroländer)verlagert hat.

Auch die in diesen Wochen übliche Belehrung, daß die anderen Euroländer für die Schulden der Defizitländer nicht haften, gibt Waigel zum Besten: *„Die „no-bail-out“-Klausel des Vertrags von Maastricht besagt, dass es haushaltsrechtlich keine Haftung der Europäischen Währungsunion gibt. Weder die Union als Ganzes noch einzelne Mitglieder haften für die öffentlichen Schulden anderer Länder“.*

HP: Doch warum bezahlen wir dann für das Versagen dieser Länder, wenn wir nicht haften? In einer ersten Tranche wird Griechenland ein Kredit von über 30 Mrd. Euro eingeräumt, Deutschland ist mit mehr als 8 Mrd. Euro der größte Kreditgeber. Doch den Kredit muß Deutschland zunächst einmal selbst aufnehmen. Wir zahlen wieder einmal für unsere Banken, die sonst in den Krisenstrudel hineingezogen würden. Das Finanzsystem droht wieder zusammenzubrechen und das Ganze käme uns dann noch teurer, als wenn wir Griechenland bankrott gehen ließen oder aus Euroland hinaus werfen würden. Die Lehre des Lehman – Bankrotts in den USA steckt den verantwortlichen Akteuren in Politik und Wirtschaft noch tief in den Gliedern. Wir bezahlen also, weil wir letztendlich doch für die Bilanzbetrügereien und die verantwortungslose Politik des griechischen Polit- und Parteiensystems in Haft genommen würden, ob wir wollen oder nicht! Die no-bail-out Klausel werde nicht verletzt, sagen die Experten, weil wir „freiwillig“ zahlen. Doch freiwillig zahlen wir, weil wir sonst in Haft genommen würden! Die Wortklauberei, daß eine freiwillige Zahlung nicht gegen die „Nichtbeistandsklausel“ (no bail out) verstoßen würde, kann nur einem Juristengehirn entspringen, das um des Wortes willen die Realität des Lebens leugnet!

Theo Waigel rechtfertigt die „no-bail-out Klausel heute mit der Begründung: *„Diese Vertragsbestimmung war notwendig und sinnvoll, um ein haushaltspolitisches Wirtschaften zu Lasten anderer Länder unmöglich zu machen“.*

HP: Er leugnet heute immer noch, daß diese Vertragsbestimmung völlig unsinnig ist. Denn was nützt eine gesetzliche Regelung, die im Ernstfall dann gar nicht angewendet werden kann? Sie beweist doch nur die Unfähigkeit des juristischen Denkens, das eine Strafe ersinnt, die nicht ausgesprochen werden kann, wenn man sich selbst vor größerem Schaden bewahren will! Im übrigen hatten die Stabilitätskriterien eine viel weitergehende Aufgabe: Sie sollten es den Mitgliedsstaaten unmöglich machen, die Mittel der Fiskalpolitik zur Steuerung der Konjunktur einzusetzen, hatte doch damals das marktradikale Dogma die Köpfe von Politikern und Ökonomen beherrscht, daß man das

Wirtschaftsgeschehen dem Markt überlassen solle, der von sich aus alles besser mache, weshalb ein staatliches Eingreifen nur Schaden anrichten könne.

Theo Waigel: *„Es geht nicht um eine Krise des Euro, sondern um die Wirtschafts- und Finanzkrise eines Landes im Eurogebiet“.*

HP: Waigel versucht also die Euro-Krise als Folge der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise darzustellen. Dies beweist, daß er nicht einmal über die grundlegenden ökonomischen Kenntnisse verfügt, die für die Position eines Deutschen Finanzminister eigentlich Grundvoraussetzung wären! Zur Sache ist festzustellen, daß die Wirtschafts- und Finanzkrise weder die kriminellen Statistik-Fälschungen in Griechenland, noch die Verwendung der den Griechen zufließenden EU-Mittel für die Zwecke der Beibehaltung einer verschuderten Staats- und Wirtschaftsordnung verursacht hat. Sie hat allerdings die von der Griechischen Regierung und deren untergeordneten Behörden begangenen Taten aufgedeckt, und sie hat aufgezeigt, daß die gemeinsame Euro-Währung nicht funktionieren kann. Diese Tatsache wollen die Euro-Verfechter nicht wahr haben! Die Schulden haben die griechische Regierungen (aller Parteien) nicht gemacht, um die Schäden der Finanzkrise abzuwenden, sie haben diese Schulden schon lange zuvor gemacht, um den staatlichen Korruptionsapparat aufrechterhalten und um selbst an die Macht zu kommen oder bleiben zu können. Und die EU hat dem Treiben zugeschaut und ist jetzt unfähig, die Griechen zur Rechenschaft zu ziehen, weil dies die Existenz der gesamten EU gefährden würde.

Waigel wendet sich danach der Frage zu, wie dieser Krise zu begegnen sei. Er sagt *„Notwendig sind auch Steuersenkungen, die durch verstärkte Sparanstrengungen ausgeglichen werden müssen. Anstatt sich dieser Herkulesaufgabe zu widmen, leisten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs, die Finanzminister und die EU-Kommission eine verwirrende öffentliche Debatte darüber, wie Griechenland geholfen werden könne.“*

HP: Mit den geforderten Steuersenkungen will Waigel also die private Konsumgüternachfrage erhöhen – womit dem Konjunkturunbruch tatsächlich entgegengewirkt werden kann. Doch wenn er diese Konjunkturanregung durch stärkeres Sparen (egal ob staatlich oder privat) ausgleicht, dann macht er die Konjunkturförderung damit wieder zunichte, wodurch im Endeffekt die expansive Wirkung der Steuersenkung durch die kontraktive Wirkung des Sparens ausgeglichen wird. Der Vorschlag ist also völlig sinnlos!

Theo Waigel: *„Der EU-Stabilitätspakt muss reformiert und stringenter gestaltet werden, damit die Europäische Kommission stärkere Rechte zur Überwachung erhält und rechtsverbindliche Empfehlungen abgeben kann“.*

HP: Die bisherigen Rechte der EU-Kommission hätten vollkommen ausgereicht. Die EU-Kommission hat sie aber nicht ausgeübt. Als dann das volle Ausmaß der Fälschungen bekannt war, mußte die EU-Kommission allerdings auch erkennen, daß sie die hierfür vorgesehenen Sanktionen nicht verhängen konnte, weil der Schaden damit noch größer und die anderen Euro-Länder mithineingezogen würden. Fakt ist, daß die sogenannten Stabilitätskriterien die zur Bekämpfung der Krise notwendige Staatsverschuldung verbieten! Wenn aber die Krise voranschreitet, dann bewirkt das sinkende Sozialprodukt, daß eine zuvor noch angemessene Verschuldungsquote infolge des gesunkenen Sozialproduktes die Stabilitätskriterien verletzt. Theo Waigel, der Ex-Finanzminister, scheint heute noch nicht kapiert zu haben, daß diese sogenannten Stabilitätskriterien eine Selbstamputation für jede Volkswirtschaft erzwingen.

Theo Waigel: *„Die Europäische Zentralbank muss klarmachen, dass sie ihrem Stabilitätsauftrag unbedingt treu bleibt. Wer auf Inflation als Mittel zur Lösung der staatlichen Schuldenprobleme setzt, spielt mit dem Feuer“.*

HP: Die EZB – wie alle anderen Zentralbanken auch – war in den letzten beiden Jahren gezwungen, die Geldmenge immens zu erhöhen, um den Bankenzusammenbruch und den Ausbruch einer unkontrollierbaren Wirtschaftskrise zu verhindern. Aus den gleichen Gründen waren auch die europäischen Staaten gezwungen, ihre Ausgaben zu erhöhen. Das geht nur durch zusätzliche Staatsschulden. Das müßte Herr Waigel eigentlich einsehen! Das momentane (Jahr 2010) Problem aller Zentralbanken ist die Frage, wann hat sich sowohl das Bankensystem und die Realwirtschaft so weit erholt, daß die überschüssige Geldmenge wieder abgeschöpft werden kann, um eine Inflation zu vermeiden! Nicht die Zentralbanken haben ein Interesse an einer Entschuldung der Staaten durch Inflation, sondern die Staaten selbst könnten diesen für sie einfacheren Weg gehen wollen. Es wäre ja nicht das erste Mal in der Geschichte. Es müßten nur alle Euro-Staaten in gleicher Weise diesen Ausweg als den letzten Ausweg zur Entschuldung sehen, dann könnte auch eine auf dem Papier stehende Unabhängigkeit der EZB dies nicht verhindern! Ob die Euro-Staaten in diese Versuchung kommen werden, hängt vom weiteren Verlauf der Krise ab. Z.B. davon, ob die großen europäischen Banken ihre Forderungen an ihre griechischen Schuldner (das ist nicht nur der griechische Staat) zu einem großen Teil abschreiben müssen oder nicht. Dies zu verhindern ist ja der Grund, warum die übrigen Euro-Länder den Bankrott Griechenlands verhindern müssen.

www.hpatzak.de

23.04.2010

Lesen Sie die Fortsetzung dieser Artikelserie: Ein weiterer eklatanter und bisher unerkannter Systemfehler der Euro-Währung „Das Nettoverschuldungs – Paradoxon“